

STIFTUNG FÜR SOZIALGESCHICHTE DES 20. JAHRHUNDERTS

Fritz-Gansberg-Straße 14 • D-28213 Bremen

Angelika Ebbinghaus • Tel 0049 (0) 421-2235262 • Fax 0049 (0) 421-2235251

E-Mail AEbbinghaus@t-online.de • aebbinghaus@stiftung-sozialgeschichte.de

www.stiftung-sozialgeschichte.de

Call for Papers (deutsch und englisch) bis Ende November 2007

Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften
Mittel-, Ost und Südosteuropas – Eine Tagung
am 22. und 23. Februar 2008 in Bremen

Kurzdarstellung

Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften
Mittel-, Ost und Südosteuropas – Eine Tagung

I. Einleitung: Die Auswirkungen der Entstalinisierung und ihrer Blockaden

II. Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas

1. Das Jahr 1968 am Beispiel Polens
2. Der Prager Frühling
3. Das Jahr 1968 und die DDR
4. Jugoslawien im Jahr 1968
5. Das Jahr 1968 aus der Sicht Ungarns, der Sowjetunion und Rumäniens
6. Eine Diskussion über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ländern

III. Intellektueller Austausch und Transfer zwischen Ost und West

1. Philosophische Marxismus-Debatten
2. Debatten über Wirtschaftsorganisation und Wirtschaftsdemokratie
3. Diskussionen über einen demokratischen Sozialismus

IV. Abschlussdiskussion

* Die Tagung wird am 22. und 23. Februar 2008 in Bremen statt finden.

* **Koordination und Kontakt : Angelika Ebbinghaus**

AEbbinghaus@t-online.de • aebbinghaus@stiftung-sozialgeschichte.de

* Die Tagung wird finanziell von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

* Die Ergebnisse der Tagung werden als Buch publiziert.

* Die geplante Tagung „Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas“ ist Teil des transnationalen und historisch vergleichenden Projekts „1968 und die Folgen“ der Stiftung Sozialgeschichte (siehe www.stiftung-sozialgeschichte.de)

Tagungskonzept

I. 1. Einleitung

Da die Ereignisse des Jahres 1968 in den Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas nur vor dem Hintergrund der Entstalinisierung verstanden werden können, soll die Tagung mit einem Überblicksreferat eingeleitet werden, das die Auswirkungen der Entstalinisierung auf die politische, soziale und wirtschaftliche Situation dieser Länder seit 1956 thematisiert, aber auch nach deren Rückschlägen fragt.

II. Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas

Unter Opposition und Widerstand werden im Folgenden Verhaltensweisen verstanden, die den allumfassenden Herrschaftsanspruch des politischen Regimes beziehungsweise der Partei in Frage stellten. Dies kann organisiert wie nicht organisiert, spontan oder geplant, innerhalb wie außerhalb des Parteiapparats, konspirativ oder offen, in Gruppen, individuell oder institutionell (z.B. Kirche) geschehen. Regimekritische Äußerungen zählen dazu ebenso wie spontanes Aufbegehren gegen einzelne Willkürmaßnahmen bis zum konzeptionell bewussten Widerstand, der konspirativ und geplant auf einen Regimewechsel hin arbeitet. Die Beiträge, die auf die politische, soziale und wirtschaftliche Situation des Jahres 1968 in den verschiedenen Ländern eingehen, sollen folgende Themen und Fragestellungen erörtern:

- * Die spezifische politische und wirtschaftliche Situation des jeweiligen Landes als Ausgangspunkt aller weiteren Fragestellungen.
- * Oppositionelle/ dissidente Gruppen und Strömungen einschließlich ihrer Vorgeschichten in den jeweiligen Ländern (politische Inhalte und Forderungen; Formen des Protests; soziale Träger und Verbreitung des Protests).
- * Politische Erfolge und Niederlagen – unmittelbare, aber auch langfristige Folgen dieser Protestbewegungen.
- * Welche Informationen (offiziell, inoffiziell) gab es über diese Proteste in den jeweils anderen Ländern und wenn ja, welche Auswirkungen hatten diese? Bestanden praktische Kontakte?
- * Haben diese Gruppen und Bewegungen die Proteste der neuen Linken in der westlichen Welt bezüglich ihrer Inhalte, Forderungen und Formen wahrgenommen, sich mit ihnen identifiziert, sie teilweise auch übernommen oder nicht? Bestanden auch direkte Kontakte?
- * Wie wurden umgekehrt die politischen und sozialen Proteste in den Mittel-, Ost- und Südosteuropas von der alten und neuen Linken im Westen wahrgenommen, wurden sie unterstützt oder abgelehnt? Wurden Kontakte und Austausch organisiert? Welche Schlussfolgerungen zogen die alte und die neue Linke des Westens aus der Unterdrückung und Niederschlagung dieser politischen und sozialen Protestbewegungen in diesen Ländern für das eigene politische Selbstverständnis und Handeln?
- * Wurden die intellektuellen und politischen Debatten gegenseitig rezipiert oder nicht, und wenn ja welche Debatten?

Diese Fokussierung soll dazu dienen, das Jahr 1968 in den verschiedenen Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas mit vergleichbaren Fragestellungen zu untersuchen, um die politischen und sozialen Proteste vergleichen und schließlich auf die sozialen Bewegungen des Westens beziehen zu können.

Im Folgenden gehe ich auf einige ausgewählte Länder ein, die allerdings in der konkreten Vorbereitung der Tagung noch erweitert werden können.

II.1. Das Jahr 1968 am Beispiel Polens

1968 herrschte in Polen eine weit verbreitete politische und soziale Unruhe. Die Bevölkerung war unzufrieden mit der wirtschaftlichen Situation, über die politischen Restriktionen und staatlichen Repressionen. Zwischen Władisław Gomułka und seinem Innenminister Mieczysław Moczar, der extrem nationalistisch und antisemitisch eingestellt war, spitze sich

der schon lang andauernde Machtkampf weiter zu. 1967 behauptete Moczar, die Regierung Gomulka sei von Juden unterwandert. Der Hintergrund dieser Kampagne war der Nahostkrieg von 1967 und die Unterstellung lautete, dass die polnischen Juden mit Israel sympathisieren würden. Die Partei organisierte so genannte antizionistische Demonstrationen und säuberte den Staatsapparat von Juden.

Unter den Studenten hatte sich schon seit längerem eine Dissidentenbewegung gebildet: Sie forderte mehr Freiheiten (Rede-, Pressefreiheit) und entwickelte besondere Techniken der Informationsverbreitung. Sie berichtete über die weltweiten Proteste gegen den Vietnamkrieg und vor allem über die Bürgerrechtsbewegung in den USA. Jacek Kuroń und Karol Modzelewski schrieben ihren „Offenen Brief“, der auch im Westen verbreitet und diskutiert wurde. Sie forderten einen demokratischen Sozialismus. Die geplante Absetzung des Theaterstücks „Totenfeier“ von Adam Mickiewicz führte zu spontanen, vor allem studentischen Demonstrationen, die von Arbeitermilizen brutal zusammengeschlagen wurden. Auch jetzt lautete der Vorwurf: Die Studenten seien von Zionisten unterwandert und dem Staat gegenüber illoyal. Ihr Protest breitete sich dennoch aus. Die Regierung versuchte mit ihrer antisemitischen Kampagne die Studenten zu isolieren. Ihre Sprecher, viele wurden später bekannte Dissidenten, landeten im Gefängnis, viele Hochschullehrer wurden entlassen. Die westliche Presse berichtete über den studentischen Protest. Erstmals solidarisierte sich die Katholische Kirche Polens mit den Studenten, was nicht ohne Folgen blieb.

Waren die Studenten und Intellektuellen vor 1968 in die Kommunistische Partei eingetreten, um das politische System von innen zu demokratisieren, sahen sie nach den Märzereignissen des Jahres 1968 diese Perspektive für sich nicht mehr, sondern nur außerhalb der Partei.

II.2. Der Prager Frühling

Auch in der ČSSR wurde die wirtschaftliche Situation Mitte der 60er Jahre immer schlechter und damit wuchs auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Als Ventil gewährte die Regierung einige Freiheiten: die Zensur wurde gelockert und ein begrenzter Reiseverkehr in den Westen zugelassen. Die tschechoslowakischen Jugendlichen orientierten sich an der westlichen Jugendkultur, trugen Jeans (Texaskis), hörten Beat und trugen lange Haare. Eine Gruppe von Schriftstellern und Intellektuellen kritisierte die Beschränkungen und Unfreiheiten des Regimes und forderte einen demokratischen Sozialismus. Im November 1967 demonstrierten Studenten für bessere Studentenwohnheime. Sie wurden nieder geknüpelt, dennoch weitete sich der Protest aus. Die Demonstranten unterschieden sich äußerlich nicht von denen in Berkeley, Berlin oder Paris.

Im Januar 1968 wurde Antonín Novotný als Parteichef von Alexander Dubček abgelöst. Mit seiner Person verbanden breite Schichten der Bevölkerung die Hoffnung auf mehr politische Freiheiten. Und tatsächlich gab es in keinem anderen osteuropäischen Land zu dieser Zeit eine so freie Presse wie in der ČSSR, was im März 1968 auf einer Wirtschaftskonferenz in Dresden zu heftigen Auseinandersetzungen mit Breschnew führte. Die sowjetische Regierung war der Meinung, dass Dubček die politische Kontrolle über das Land entglitten sei. Die Tschechoslowakei stand auf einmal unter Beobachtung seitens der Warschauer-Pakt-Staaten und wurde gleichzeitig weltweit als ein Land wahrgenommen, das sich demokratisch reformierte. Im April 1968 verabschiedete die Kommunistische Partei ein Aktionsprogramm für ein „neues Modell der sozialistischen Demokratie“. Ende Juni/Anfang Juli 1968 fand eine Volksabstimmung statt, ob das Land kommunistisch bleiben oder sich dem Kapitalismus öffnen sollte. 89 Prozent der Befragten sprachen sich für eine kommunistische Gesellschaft aus. Am 20. August marschierten die Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei ein und beendeten gewaltsam alle Reformschritte hin zu einem demokratischen Sozialismus. Diese Intervention hatte nicht nur unmittelbare, sondern langfristige und weit über die ČSSR hinausgehende Folgen.

II. 3 Das Jahr 1968 in der DDR

Die Politik des SED-Regimes war in den Jahren vom August 1961 bis zum August 1968 von außerordentlichen Ambivalenzen geprägt. Nach dem Mauerbau, einer Phase extremer Repression, bekamen im Herbst 1961 verschiedene Studiengruppen von Wirtschaftsfachleuten die Aufgaben umfassende Wirtschaftsreformen auszuarbeiten, um den Betrieben mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit bei der Planung zu geben. NÖSPEL (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung) war das Kürzel für diese Reformbemühungen, die es zur gleichen Zeit ähnlich auch in Ungarn und der Tschechoslowakei gab.

Die SED-Führung bekam seit Mitte der 60er Jahre zunehmend Probleme mit der jungen Generation und erließ deshalb 1966 eine Dienstanweisung, um politisch und gesellschaftlich unangepasste Jugendliche reglementieren zu können. Bereits im Dezember 1965 wurden das Hören von Beat-Musik verboten und vor allem Künstler und Schriftsteller reglementiert. Parallel zu diesen repressiven Maßnahmen wurde eine Reform der Hochschulen und der Akademie der Wissenschaften initiiert. Auch unter den DDR-Studenten habe sich – so Anette Simon – der Bazillus der Aufsässigkeit breit gemacht und die Studenten hätten ein ähnliches Lebensgefühl wie die im Westen gehabt: es war geprägt von der Musik – wie sie auch im Westen von den Jugendlichen gehört wurde – und den antiautoritären Haltungen wie Gedanken dieser Zeit. Die Studentenbewegung in Westberlin und der BRD wurde von dieser Generation breit rezipiert. Die SED-Führung reagierte ambivalent: einerseits begrüßte und unterstützte sie die Aktivitäten der Studenten und Jugendlichen der BRD gegen die geplanten Notstandsgesetze, gegen den Vietnam-Krieg oder gegen die Springerpresse sogar materiell, andererseits kritisierte sie die Außerparlamentarische Opposition als linksradikal und kleinbürgerlich. Es gab auch Kontakte zwischen der SED/ FDJ und dem SDS. Unkontrollierte Kontakte waren allerdings unerwünscht. Ähnlich wie in Polen oder der ČSSR strebten diese DDR-Kritiker keine kapitalistischen Verhältnisse an, sondern auch sie wollten das bestehende System demokratisieren. Die Schriften einflussreicher Theoretiker der neuen Linken waren jedoch nicht zugänglich oder wurden, wie beispielsweise Herbert Marcuse, diffamiert. Die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft wie die eines „Dritten Wegs“ galt als gefährlich und konterrevolutionär. Die politischen Entwicklungen in der ČSSR im Frühjahr 1968 wurden mit Argwohn verfolgt und offiziell kritisiert, während die Bevölkerung sie mit Sympathie begleitete. Allein im Juni 1968 reisten über 244.000 DDR-Bürger in die ČSSR. In den Tagen nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR kam es zu einer Vielzahl von – wenn auch verhaltenen – Protesten (das Ministerium des Innern zählte bis zum 29. August 1968 1742 politische „Straftatbestände“). Die Mehrheit der Bevölkerung lehnte die militärische Intervention ab, aber sie glaubte nicht, wie die intellektuellen Kritiker des DDR-Regimes, an einen demokratischen Sozialismus. Sie hatten 1953 und 1956 nicht vergessen. Die Folgen von 1968 wirkten jedoch auch in der DDR politisch lange nach.

II.3 Jugoslawien im Jahr 1968

Jugoslawien war ein Sonderfall: Bereits 1948 kam es zum Bruch mit der Sowjetunion und die jugoslawische Kommunistische Partei entwickelte ein eigenes sozialistisches Modell, das auf der Idee der Arbeiterselbstverwaltung und einem Sozialismus ohne Bürokratie beruhte. Das jugoslawische Modell wurde weltweit als Alternative zur Sowjetunion debattiert. Es gab auch größere kulturelle und politische Freiheiten als in den anderen Übergangsgesellschaften. Das heißt jedoch nicht, dass es keine staatliche Repression gegeben hätte. Leszek Kolakowski bringt die Ambivalenz folgendermaßen auf den Punkt: In Jugoslawien sei es leichter als in anderen ost- und südosteuropäischen Staaten gewesen, einen Text zu veröffentlichen, der gegen das Regime gerichtet war oder die offizielle Ideologie kritisierte. Es sei aber auch leichter gewesen, dafür ins Gefängnis zu kommen.

Neben dem wirtschaftlichen Selbstverwaltungs-Sozialismus hat es in Jugoslawien eine breite

und produktive philosophische Debatte über den Marxismus gegeben. Dafür steht die Zeitschrift „Praxis“, die erstmals 1964 erschien, bis sie dann 1974 verboten wurde. Regelmäßig veranstaltete diese Gruppe, zu der G. Petrovič, M. Markovič, S. Stajonovič und u.a. L. Tadić gehörten, im Sommer internationale Treffen und Begegnungen auf der Insel Korčula. Philosophen, Soziologen, Ökonomen aus der ganzen Welt diskutierten über Probleme einer marxistischen Erkenntnistheorie, über ethische und ästhetische Fragen und vor allem darüber, was einen demokratischen Sozialismus ausmache. So waren beispielsweise Erich Fromm, Herbert Marcuse, aber auch Jürgen Habermas oder Albrecht Wellmer zu diesen Treffen gekommen.

Die studentischen Proteste im Jahr 1968 hatten wie in den anderen Ländern einen geringfügigen Anlass. Am 2. Juni 1968 wollten Studenten ein Konzert besuchen, für das es nicht genügend Karten gab. Es kam zu tumultartigen Szenen und die Miliz reagierte unverhältnismäßig. Die Empörung war groß und die Studenten besetzten darauf hin die Hochschule in Belgrad, die sie in „Rote Universität Karl Marx“ umbenannten. Auch diese Studenten begriffen sich als die wahren Marxisten und prangerten Unfreiheit und gesellschaftliche Ungleichheiten in ihrem Land an. Die Parteispitze um Tito reagierte auf die studentischen Proteste ausschließlich mit Repression. Die Praxis-Gruppe wurde beschuldigt, hinter den studentischen Protesten zu stehen. Die Parteiorganisation der philosophischen Fakultät in Belgrad wurde ausgeschlossen. Auch die kroatische Parteiführung nutzte die Situation und diffamierte öffentlich die Praxisgruppe, weil diese den verstärkten kroatischen Nationalismus kritisiert hatte. Auch hier war das Jahr 1968 gewissermaßen ein Katalysator für die weitere Entwicklung.

II.4. Rumänien, Ungarn und die Sowjetunion

In der Vorbereitung zur Tagung soll noch geprüft werden, welche Bedeutung das Jahr 1968 für die Übergangsgesellschaften Rumänien, Ungarn und die Sowjetunion hatte.

III. Intellektueller Austausch zwischen Ost und West

Ein zweiter Schwerpunkt der Tagung soll den intellektuellen Austausch zwischen den sozialen Bewegungen des Westens und den sozialen Bewegungen in den Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas untersuchen. Welche Debatten wurden wo geführt? Welche Diskurse bestimmten welche politischen und sozialen Bewegungen in welchen Ländern? Dabei sollen zwei Themenkomplexe, die damals von Relevanz waren, im Mittelpunkt stehen: Zum ersten die Konzepte, die sich mit Fragen der Wirtschaftsorganisation und -planung sowie der wirtschaftlichen Demokratie (Arbeiterselbstverwaltung) befassen (Ota Štikl, Fritz Behrends u.a.). Zweitens die philosophischen und sozialwissenschaftlichen Debatten über die Relevanz des Marxismus, das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse und über einen demokratischen Sozialismus, die sowohl innerhalb der Neuen Linken im Westen (New Left Review, Frankfurter Schule und u.a. Operaismus) als auch von Intellektuellengruppen in den Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas geführt wurden (Praxis-Gruppe; Osteuropäischer „Revisionismus“).

Ziel dieser Reflexion ist, das Ausmaß und die Qualität dieses Austausches zu bestimmen. Entwickelte sich eine Tendenz zur Überwindung der sich wechselseitig stützenden Machtsysteme des kalten Kriegs durch einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in Ost und West? Oder handelte es sich um eine diffuse Utopien, die über erste Ansätze nicht hinaus kam?

IV. Resümee

Der Focus dieser Tagung ist das Jahr 1968, wobei „1968“ als globales Ereignis begriffen wird, das weltweit politische und soziale Protestbewegungen hervorgebracht hat, die sowohl durch gemeinsame Protestinhalte, -formen und soziale AkteurInnen verbunden waren als auch

aufgrund unterschiedlicher historischer, sozialer und wirtschaftlicher Verfasstheiten länderspezifische Unterschiede aufwiesen. Im Mittelpunkt dieser Tagung steht das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Deshalb soll abschließend erörtert werden, ob und wie die politischen und sozialen Bewegungen der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas des Jahres 1968 die 68er-Bewegung des Westens beeinflusst haben und umgekehrt.

* Die Ergebnisse der Tagung sollen als Buch publiziert werden.

* Die Tagung wird am 22. und 23. Februar 2008 in Bremen statt finden.

* Die Tagung wird finanziell von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

* **Koordination und Kontakt : Angelika Ebbinghaus**

AEbbinghaus@t-online.de • aebbinghaus@stiftung-sozialgeschichte.de

* Die geplante Tagung „Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas“ ist Teil des transnationalen und historisch vergleichenden Projekts „1968 und die Folgen“ der Stiftung Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts

(www.stiftung-sozialgeschichte.de)

**STIFTUNG FÜR SOZIALGESCHICHTE DES 20. JAHRHUNDERTS
(FOUNDATION FOR 20TH CENTURY SOCIAL HISTORY)**

Fritz-Gansberg-Straße 14 • D-28213 Bremen

Angelika Ebbinghaus • Tel 0049 (0) 421-2235262 • Fax 0049 (0) 421-2235251

E-Mail AEbbinghaus@t-online.de • aebbinghaus@stiftung-sozialgeschichte.de

www.stiftung-sozialgeschichte.de

Call for Papers (English and German) until the end of November 2007

The Year 1968 from the Perspective of the Societies
of Central, Eastern and Southeastern Europe –

The conference will be held in Bremen, Germany on 22-23 February, 2008

Summary

The Year 1968 from the Perspective of the Societies
of Central, Eastern and Southeastern Europe – A Conference

I. Introduction: The Effects of Destalinization and its Obstacles

II. The Year 1968 from the Perspective of the Societies of Central, Eastern and Southeastern Europe

1. The Year 1968: The Case of Poland

2. The Prague Spring

3. The Year 1968 and the German Democratic Republic

4. Yugoslavia and the Year 1968

5. The Year 1968 from the Perspective of Hungary, the Soviet Union and Rumania

6. A Discussion on Similarities and Differences between the Various Countries

III. Intellectual Exchange Between East and West

1. Philosophical Debates on Marxism
2. Debates on Economic Organization and Economic Democracy
3. Discussions on a Democratic Socialism

IV. Concluding Discussion

* The conference will be held in Bremen, Germany on 22-23 February, 2008

Coordinator and contact person: Angelika Ebbinghaus

AEbbinghaus@t-online.de • aebbinghaus@stiftung-sozialgeschichte.de

* The conference receives financial support from the Rosa Luxemburg Foundation

* The results of the conference will be published in book form

* The conference "The Year 1968 from the Perspective of the Societies of Central, Eastern and Southeastern Europe" is part of the transnational and comparative historical project "1968 and its Aftermath" organized by the Foundation for Social History (Stiftung für Sozialgeschichte). See: www.stiftung-sozialgeschichte.de

Outline of the Conference

I. Introduction

The events of 1968 in the societies of Central, Eastern and Southeastern Europe can only be understood against the background of destalinization. The conference will therefore begin with a lecture that presents an overview of the effects of destalinization on the political, social and economic situation of these countries from 1956 onward. The lecture will also raise questions about the setbacks for destalinization.

In order to avoid the terminology of the Cold War, I avoid the term "Soviet bloc" and resort instead to the model of Walter Markov and Manfred Kossok, as well as to the analyses undertaken by Hillel Ticktin, who characterized the political economy of the Soviet Union during the 1960s and 1970s as an "unplanned hybrid system." In this concept, the term "transformation society" refers to a society undergoing a process of reorganization in which stable economic and political structures of domination no longer exist or do not yet exist. The terminology employed should in any case be critically reflected upon and justified.

II. The year 1968 from the Perspective of the Societies of Central, Eastern and Southeastern Europe

In what follows, the terms "opposition" and "resistance" refer to forms of behavior that question the claim to all-encompassing control formulated by the political regime or the party. Such opposition and resistance may be of an organized nature, but it does not necessarily have to be. It can be spontaneous or planned, just as it can take shape both within and outside the party apparatus. It can take either an individual or an institutional form. (An example of the latter would be opposition organized from within the Church.) The range of behavior includes critical remarks on the regime, spontaneous revolts against specific political measures and conceptually articulate, conscious resistance that works to achieve regime change in a conspiratorial and planned way.

The papers discussing the political, social and economic situation in the various countries in 1968 should examine the following issues and problems:

* The specific political and economic situation of the country in question, understood as the basis for all further analysis

- * Oppositional / dissident groups and currents, including their previous histories in the various countries (political ideas and demands; forms of protest; social agents / spread of protest)
- * Political successes and setbacks; the immediate and long-term consequences of the protest movements
- * What information (both official and unofficial) circulated on these protests in other countries? If such information circulated, what effects did it have? Were there cases of practical cooperation?
- * Were these groups and movements aware of the protest movements of the New Left in the West? Was there awareness of the content of these protest movements, its demands and the ways in which they were advanced? Was there an identification with these movements or a partial appropriation of its ideas, demands and forms of protest? Were there direct contacts?
- * Conversely, how were the political and social protest movements in Central, Eastern and Southeastern Europe perceived by the traditional left and the New Left in the West? Was there support for these movements or were they rejected? Were contacts established and discussions or other exchanges organized? How did the traditional left and the New Left in the West react to the oppression and repression of the political and social protest movements in the countries in Central, Eastern and Southeastern Europe? What conclusions were drawn by the traditional left and the New Left in the West in terms of self-understanding and practical choices?
- * Were the intellectual and political debates in the East followed in the West and vice versa? If yes, which debates were followed?

The purpose of this framework is to ensure that a common set of questions is raised about the events of the year 1968 in the various societies of Central, Eastern and Southeastern Europe, so that the political and social protest movements can be compared and ultimately related to the social movements of the West. In what follows, I discuss some selected countries; these remarks are obviously open to further elaboration as the preparation of the conference proceeds.

II.1. The Year 1968: The Case of Poland

Poland was characterized by widespread political and social unrest in 1968. The population was dissatisfied with the economic situation, the lack of political freedom and state repression. A long-standing conflict between **Vladislav Gomulka** and his interior minister **Mieczyslaw Moczar** (whose stance was extremely nationalist and anti-Semitic) came to a head. Moczar claimed, in 1967, that Gomulka's government had been "infiltrated by Jews." This occurred against the backdrop of the 1967 War in the Middle East: Moczar insinuated that Poland's Jewish residents sympathized with Israel. The government party organized so-called anti-Zionist rallies and purged the state apparatus of Jewish citizens.

A student dissident movement had been taking shape for some time. It called for greater liberties (freedom of speech and freedom of the press) and developed its own communication network, reporting on the international protests against the Vietnam War and focusing especially on the civil rights movements in the United States. **Jacek Kuroń** and **Karol Modzelewski** wrote their "Open Letter," which was read and discussed in the West. They called for a democratic socialism. The planned prohibition of a play by Adam Mickiewicz led to spontaneous, mostly student protests. The protesters were brutally beaten by worker militias. Like the government itself, the students were accused of having been infiltrated by Zionists; they were also accused of illoyalty towards the state. Nevertheless, the protests spread. The government attempted to isolate the students by means of an anti-Semitic campaign. Student speakers (many of whom later became well known dissidents) were imprisoned, and many university teachers were sacked. The Western press reported on the

student protests. For the first time, the Catholic Church in Poland expressed its solidarity with the students, a decision that was not without consequences.

Before 1968, the students and intellectuals had joined the Communist Party in an attempt to democratize the political system from within. Following the events of March 1968, this was no longer seen as a viable option; only political activities organized outside of and independently of the party were perceived as viable.

II. 2. The Prague Spring

Similarly to Poland, the economic situation in the Czech Republic deteriorated increasingly during the mid-1960s, leading to growing discontent within the population. Intent on defusing the situation, the government made some concessions in the area of civil liberties: Censorship was reduced and limited freedom of movement to the West was allowed. Young people in the Czech Republic were inspired by Western youth culture; they wore jeans (texasskis), listened to Beat music and wore their hair long. A group of writers and intellectuals criticized the restrictions imposed by the regime and the lack of liberties, calling for a democratic socialism. In November of 1967, students demonstrated for better residential halls. Their demonstration was violently broken up, but the protests spread nonetheless. Outwardly, the students resembled those in Berkeley, Berlin and Paris.

In January of 1968, Alexander Dubček succeeded Antonín Novotný as party chairman. To many people in the Czech Republic, Dubček represented the promise of greater political liberties. In fact freedom of the press was greater in the Czech Republic at the time than in any other country in Eastern Europe – a fact that led to an intense controversy with Brezhnev during an economic conference in Dresden in March of 1968. The Soviet government took the view that Dubček had lost political control of the country. The member countries of the Warsaw Pact began keeping a close eye on the Czech Republic. At the same time, the Czech Republic began to be perceived internationally as a country undergoing democratic reform. In April of 1968, the Communist Party issued a program of action announcing a "new model of socialist democracy." In late June and early July of 1968, a referendum was held on the question of whether the country should remain communist or become capitalist. Eighty-nine percent of the population voted in favor of a communist society. On 20 August, the member countries of the Warsaw Pact dispatched troops to the Czech Republic and violently ended all reform measures towards a democratic socialism. The effects of this intervention manifested themselves not only in the short term but also in the long term, and far beyond the borders of the Czech Republic.

II. 3 The Year 1968 in the German Democratic Republic

The policies of the GDR's Socialist Unity Party (SED) were extraordinarily ambivalent between August 1961 and August 1968. Following the construction of the Berlin Wall – an extremely repressive period – various study groups consisting of economic experts were charged with drawing up extensive economic reforms in order to confer greater independence and decision-making powers on individual factories and farms within the context of economic planning. NÖSPEL (New Economic System of Planning and Control) was the acronym given to these reform efforts, which were analogous to those simultaneously being undertaken in Hungary and the Czech Republic.

The SED leadership faced growing problems with the younger generation from the mid-1960s onwards, leading to a directive being issued in 1966 on the reglementation of politically and socially non-conformist adolescents. Listening to Beat music was already banned in December of 1965. Artists and writers were especially subject to reglementation. In parallel

with these repressive measures, a reform of the universities and the Academy of Sciences was launched. According to Anette Simon, the virus of disobedience had spread among East German students too: Their attitudes were similar to those of Western students, shaped by music like that popular in the West as well as by the anti-authoritarian stance and ideas of the time. The student movement in West Berlin and West Germany was widely discussed by this generation. The SED leadership's reaction was ambiguous: On the one hand, it welcomed and supported the campaign of the students and young people in West Germany against the emergency laws (Notstandsgesetze) projected there, as well as against the Vietnam War and the Springer company's newspapers to the point of providing material assistance; on the other hand it also criticized the Western extraparliamentary opposition as extremist and petty bourgeois. There were also contacts between the SED and its youth organization (FDJ) and the SDS, the student organization in West Germany. Independently established contacts were however not desired. Similarly to those in Poland and the Czech Republic, dissidents in the GDR were not struggling for a capitalist society; they wanted to democratize the existing system. Texts by influential theorists of the New Left were however not available, or they were denounced (as in the case of Herbert Marcuse). The utopias of a classless society or of a "Third Way" were considered dangerous and counterrevolutionary. The political developments in the Czech Republic in the spring of 1968 were observed with suspicion and criticized officially, while the population followed them sympathetically. In June of 1968 alone, more than 244,000 residents of the GDR visited the Czech Republic. Following the deployment of troops in the Czech Republic by the member countries of the Warsaw Pact, numerous protests ensued (although they were often of a tentative nature). The GDR's interior ministry had registered 1,742 "criminal acts" by 29 August, 1968. The majority of the population rejected the military intervention, although it did not believe in the possibility of a democratic socialism (unlike the GDR's intellectual critics). They had not forgotten the experiences of 1953 and 1956. 1968 had long-term political effects in the GDR as well.

II.3 Yugoslavia in 1968

Yugoslavia was a special case: The country broke with the Soviet Union in 1948 and the Communist Party of Yugoslavia developed its own socialist model, based on the idea of workers' control and an unbureaucratic socialism. This model was debated as an alternative to that of the Soviet Union the world over. The cultural and political liberties in Yugoslavia were also greater than in other transformation societies. This does not mean, however, that there was no state repression. Leszek Kolakowski summarizes the ambiguity of the situation as follows: In Yugoslavia, it was easier to publish a text criticizing the regime or the official ideology than it was in other Eastern and Southeastern countries, but it was also easier to wind up in prison for doing so.

In parallel with the socialism of workers' control, there was a broad and productive philosophical debate on Marxism in Yugoslavia. The journal *Praxis*, which first appeared in 1964 and was eventually banned in 1974, is emblematic of this debate. The *Praxis* group – whose members included G. Petrovič, M. Markovič, S. Stajonovič and L. Tadić, among others – organized international conferences on the island of Korčula. Philosophers, sociologists and economists from the world over debated problems of Marxist epistemology as well as ethical and aesthetic issues. The question of what constitutes a democratic socialism was at the center of their debates. Erich Fromm, Herbert Marcuse attended these conferences, as did Jürgen Habermas and Albrecht Wellmer.

As in other countries, the student protests of 1968 were triggered by an apparently banal event. On 2 June of 1968, students wanted to attend a sold-out concert. There was a minor tumult and the militia responded with undue harshness. This led to widespread outrage. The

university in Belgrad was occupied by the students and renamed "Red Karl Marx University." Like those in other countries, these students saw themselves as the "true" Marxists and criticized their country's lack of civil liberties and social inequality. The party leadership under Tito responded to these students by means of repression only. The *Praxis* group was accused of having masterminded the student protests. The party organization at the Philosophy faculty in Belgrade was dissolved. The Croatian party leadership also took advantage of the situation and publicly denounced the *Praxis* group for having criticized Croatia nationalism. Here as elsewhere, the 1968 was in some ways a catalyst for later developments.

II.4. Rumania, Hungary and the Soviet Union

Preparations for the conference will include examining the significance of the year 1968 for the transformation societies in Rumania, Hungary and the Soviet Union.

III. Intellectual Exchange Between East and West

A second focal point of the conference will be the examination of intellectual exchange between the social movements of the West and the social movements in the societies of Central, Eastern and Southeastern Europe. What debates were conducted where? What were the discourses shaping political and social movements? What characterized these political and social movements and in what countries did they develop? In asking these questions, two sets of themes that were relevant of the time should be given special consideration:

First, models dealing with questions of economic organization and planning as well as with economic democracy (workers' control), such as those of Ota Sik, Fritz Behrends and others. Second, the debates in philosophy and the social sciences on the relevance of Marxism, the workers' right to self-determination and a democratic socialism that were conducted both within the New Left of the West (New Left Review, the Frankfurt School, Italian Workerism and others) and within intellectual circles in the societies of Central, Eastern and Southeastern Europe (*Praxis* group, Eastern European "revisionism").

The purpose of this critical examination is to determine the extent and the nature of this exchange. Can one speak of a tendency towards the superation of the Cold War's mutually dependent systems of political domination by means of a "socialism with a human face" in both the East and the West? Or was it a question of vague utopias that failed to move beyond their initial formulations?

IV. Conclusion

This conference focuses on the year 1968. "1968" is understood as a global event that produced political and social protest movements the world over. On the one hand, these movements are characterized by common features in terms of the issues raised, the forms of protest and the social agents driving the protest; on the other hand, the movements also display specific features in each country that were determined by historic, social and economic differences. The conference focuses especially on the year 1968 from the perspective of the societies of Central, Eastern and Southeastern Europe. For this reason, the conference will conclude with an examination of whether or not, and if so how, the political and social movements of 1968 in the societies of Central, Eastern and Southeastern Europe influenced the 1968 movement in the West and vice versa.

* The results of the conference will be published in book form.

* The conference will be held in Bremen, Germany on 22-23 February, 2008

* The conference receives financial support from the Rosa Luxemburg Foundation

* **Coordinator and contact person: Angelika Ebbinghaus**

AEbbinghaus@t-online.de • aebbinghaus@stiftung-sozialgeschichte.de

* The conference "The Year 1968 from the Perspective of the Societies of Central, Eastern and Southeastern Europe" is part of the transnational and comparative historical project "1968 and its Aftermath" organized by the Foundation for Social History (Stiftung für Sozialgeschichte). See: www.stiftung-sozialgeschichte.de